

## 2 ■ Die hohen Energiekosten sind eine Belastung für die Wirtschaft. ■ Wie wollen Sie bezahlbare und planbare Energiekosten und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen sicherstellen?



---

### **Anna-Maria Bischof, CDU, Listenplatz 4, Direktkandidatin Wahlkreis Schwalm-Eder (169):**

„Wir beenden die ideologiegetriebene Politik der Ampel. Wir handeln und senken die Stromsteuer und die Netzentgelte. Der Strom muss für alle schnell und spürbar günstiger werden. Wir bauen Netze, Speicher und alle Erneuerbaren aus und setzen auf Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit. Nur mehr Angebot senkt die Preise. Wir halten an der Option Kernenergie fest. Dabei setzen wir auf die Forschung zu Kernenergie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraftwerken. Die Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke prüfen wir. Wir schaffen das Heizungsgesetz der Ampel ab. Mit dem bürokratischen Reinregieren in den Heizungskeller muss Schluss sein. Wir fördern technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen. Wir setzen auf den Emissionshandel. Er ist das richtige Instrument, um die Emissionsmenge effizient zu begrenzen und damit das Klima bestmöglich zu schützen.“

---

### **Sören Bartol, SPD, Listenplatz 1, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):**

„Als SPD geben wir Planungs- und Investitionssicherheit bei den Energiekosten durch stabile Preise, von den Netzentgelten über die Stromsteuer bis zum CO<sub>2</sub>-Preis. Dies garantieren wir durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, inklusive der damit benötigten Stromnetze. Darüber hinaus stabilisieren und deckeln wir die Übertragungsnetzentgelte auf 3 Cent pro Kilowattstunde und setzen uns für weiter reduzierte Netzentgelte für stromintensive Unternehmen und Branchen ein.“

Neben dem Einsatz für bezahlbare und planbare Energiekosten wollen wir als SPD den Wirtschaftsstandort Deutschland über weitere Anreize zu mehr Wachstum verhelfen. Wir führen einen Deutschlandfonds mit anfangs 100 Milliarden Euro Volumen ein, um öffentliches und privates Kapital bürokratiearm für Zukunftsinvestitionen zu mobilisieren. Ebenso wird es mit uns einen Made-in-Germany-Bonus geben. Dieser sieht eine 10%-Steuererstattung für jede Betriebs- und Unternehmensinvestition in Maschinen und Geräte vor.“

---

## **Boris Mijatovic, Bündnis 90/Die Grünen, Listenplatz 6, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):**

„Die Energiepreise sind wieder auf Vorkrisenniveau. Immer häufiger sorgen erneuerbare Energien für günstige Preise an der Strombörse. Wir wollen, dass die günstigen Preise bei Haushalten und Unternehmen ankommen: Wir übernehmen die Netzentgelte für überregionale Stromleitungen, senken die Stromsteuer auf das EU-Minimum und verstetigen die Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen. Wir halten das Rekordtempo beim Erneuerbaren-Ausbau aufrecht. Das Wasserstoff-Kernnetz bauen wir zügig aus. Wir erleichtern Eigenstromproduktion und fördern langfristige Abnahmeverträge. Das macht Energie günstig, sauber und unabhängig von Geopolitik.

Atomkraft ist nicht nötig für die Versorgungssicherheit und sie ist teuer. Der Strom aus Atomkraft war nur künstlich billig. So hafteten Atomkraftwerksbetreiber nur begrenzt für eventuelle Schäden und sind nur ungenügend versichert. Diese Kosten wurden jahrzehntelang von den Steuerzahler\*innen getragen. Die realen Kosten der Erneuerbaren sind viel niedriger.“

---

## **Julian Schmidt, AfD, Listenplatz 4, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):**

„Die Energiepolitik der letzten Jahrzehnte hat zu Energiepreisen geführt, die unsere wirtschaftliche Existenz bedrohen. Unsere Unternehmen brauchen konkurrenzfähige Energiepreise. Daher muss diese Entwicklung unverzüglich gestoppt werden. Die AfD wird im Sinne der Bürger und Wirtschaft auf Marktwirtschaft und Technologieoffenheit setzen und konsequent den Dreiklang der Energieversorgung aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder herstellen.

Das Verbot bestimmter Energieerzeugungsarten wie der Atomkraft zu Gunsten anderer Arten lehnen wir ab. Auch die Erneuerbaren Energien sollen sich dem Markt stellen. Daher werden wir die EEG-Umlage streichen. Wie die meisten vergleichbaren Industrieländer der Welt befürworten wir den Wiedereinstieg in die Atomkraft.

Des Weiteren werden wir die CO<sub>2</sub>-Abgabe abschaffen und die Energie- und Stromsteuern reduzieren.“

---

## **Jochen Rube, FDP, Listenplatz 5, Direktkandidat Wahlkreis Waldeck (166):**

„Die Energiepreise am Wirtschaftsstandort Deutschland sind zu hoch, wir müssen politisch gegensteuern und dabei die Resilienz unserer Energieversorgung im Blick haben. Dafür setzen wir auf marktwirtschaftliche Instrumente: Wir brauchen mehr Wettbewerb im Energiesektor, weniger Subventionen und eine technologieoffene Diversifizierung. Kurzfristig senken wir die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß. Mittel- bis langfristig setzen wir auf einen europäischen Wasserstoff- Binnenmarkt, den Ausbau von Wind- und Solaranlagen durch vereinfachte Genehmigungsverfahren. Auch moderne Kernkraft (Small Modular Reactors) und Gas als Brückentechnologie gehören dazu, bis Erneuerbare mit entsprechender Speichertechnologie flächendeckend verfügbar sind.“

---

## Violetta Bock, Die Linke, Listenplatz 3, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):

„Die Linke fordert eine starke, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Energiepolitik als Grundlage einer nachhaltigen Energieversorgung. Wir setzen auf den Ausbau erneuerbarer Energien, um langfristig unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden und die Energiekosten zu stabilisieren. Die Bereitstellung von Energie muss an den Alltagsinteressen orientiert sein statt sie „dem Markt“ und der Profitgier von großen Konzernen zu überlassen.

Haushalte und Unternehmen müssen durch eine progressive Preisgestaltung entlastet werden, bei der Unternehmen mit hohem Energieverbrauch faire Konditionen erhalten. Zusätzlich streben wir die Schaffung eines sozialen Energiemarkts an, der benachteiligte Branchen und kleinere Unternehmen gezielt unterstützt.

Wir wollen den Klima- und Transformationsfonds (KTF) ausbauen und jährlich mit 65 Milliarden Euro ausstatten, u.a. für die Finanzierung eines Industriestrompreises, der die energieintensive Industrie in der Transformation unterstützt.“